

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- **Kommissionhearings in vollem Gange - Teil 2** 2
- **Rechnungshof: Juncker-Kommission hat Verwaltung des EU-Haushaltsbudget erheblich verbessert** 6
- **EU unterzeichnet Grenzmanagement-Abkommen mit Montenegro** 7
- **Europäische Union stärkt Partnerschaft mit Senegal** 8

Europäisches Parlament

- **Abgeordnete besorgt über EU-Haushalt, Klimawandel und Brexit** 9

Europäischer Rat

- **10 Jahre Grundrechtecharta: Der Rat bekräftigt die Werte der EU** 10

Sonstiges

- **Intuitionsspitzen fordern Beitrittsverhandlungen von Albanien und Nordmazedonien** 11
- **EU schützt geographische Angabe von Lebensmitteln noch stärker** 12
- **Vernissage von Erwin Reheis im Tirolbüro** 13

Laufende Konsultationen 14

Tagesordnungen der Institutionen 15

Impressum 15

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Europäische Kommission

Kommissionhearings in vollem Gange - der zweite Teil der Zusammenfassung aller Anhörungen

Nachdem wir letzte Woche begonnen haben, über die Anhörungen der designierten EU-Kommissionsmitglieder zu berichten, führen wir dies nun fort und präsentieren die wichtigsten Statements all jener Kommissionhearings, welche nach dem Redaktionsschluss der letzten Ausgabe unseres Newsletters stattfanden.

Paolo Gentiloni - Italien - Wirtschaft

Gentiloni betont in seiner Einleitungsrede, dass wirtschaftliches Wachstum und die Anpassung der Ökonomien dürfen nicht zu Lasten der wichtigen Maßnahmen im Umweltschutz und Sozialem sein. Er spricht sich weiters dafür aus, Staatsschulden zu verringern und dabei auch jede Investitionsmöglichkeit nutzen. Außerdem wird er sich für eine Generalüberholung des europäischen Steuerrahmens einsetzen und dies ganz oben auf seine Liste setzen.

Kadri Simson - Estland - Energie

Die designierte Energiekommissarin stellte ihren Glauben hervor, Energie würde eine zentrale Rolle im European Green Deal spielen, was man in den ersten 100 Amtstagen der neuen Kommission sehen werde. Sie verpflichtete sich, die Rechtsprechung der EU zur Energiepolitik zu überarbeiten und setzte dabei das Ziel fest, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Bis 2021 sollte die EU ihr für 2030 gesetztes Ziel, die CO₂-Emissionen zu verringern um 50% nach oben schrauben, bei Möglichkeit sogar um 55%. Dies sei schaffbar, während man trotzdem weltweit konkurrenzfähig bleiben würde, so Simson.

Virginijus Sinkevičius - Litauen – Umwelt und Ozeane

In seiner einleitenden Rede listet Sinkevičius seine Top-3 Prioritäten im Bezug auf die Umwelt: Biodiversität, Kreislaufwirtschaft und eine Nullbilanz bei der Verschmutzung. Er sprach sich für weltweite Zusammenarbeit aus um die Ziele des Pariser Abkommens bestmöglich in allen Sektoren zu erreichen. Er schlug auch vor, die Kreislaufwirtschaft auf andere Wirtschaftsbereiche auszudehnen, wie beispielsweise die Textil-, Lebensmittel- und Informationstechnologie- und Kommunikationsbranche. Um Verschmutzung zu bekämpfen, kündigte er an, seinen Fokus auf die Herausforderungen mit beispielsweise gefährlichen Chemikalien und endokrine Disruptoren



Europäische Kommission

Johannes Hahn - Österreich - Haushalt und Verwaltung

In seiner Einführungsrede sagte Hahn, dass der EU-Haushalt "Politik in Zahlen" sei und dass es "effizienter sei, Geld auf EU-Ebene und nicht innerhalb der Mitgliedstaaten auszugeben". Die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) seien seine größte Herausforderung und er beabsichtige, sich für eine rechtzeitige Einigung zwischen Parlament und Rat zu einzusetzen, um Schaden durch Verzögerungen bei der Einführung der neuen MFR-Programme für 2021-2027 zu vermeiden. Er sieht den EU-Haushalt auch als Instrument „für eine grüne Wende“ und für zukunftsorientierte Investitionen. Eine wirtschaftliche Haushaltsführung sollte nach den "höchsten Standards" gewährleistet und die finanziellen Interessen der EU geschützt werden, auch durch den geplanten Mechanismus zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit.

Margaritis Schinas - Griechenland - designierter Vizepräsident - Europäische Lebensweise

In seinem einleitenden Statement legte Schinas seine Prioritäten für die kommende Periode dar, welche sich vor allem darum drehen werden, die europäische Gesellschaft inklusiver zu machen, einen neuen Asyl- und Migrationspakt auszuarbeiten und die Sicherheitsunion zu vervollständigen. Er verteidigte dabei auch den in Kritik geratenen Titel seines Ressorts und unterstrich dabei, dass sich Populisten ruhig von unseren Werten bedroht fühlen sollen.

Dubravka Šuica - Kroatien - designierte Vize-Präsidentin - Demokratie und Demografie

Die Kroatin soll auch zur Vize-Präsidentin gemacht werden. Sie verpflichtete sich in ihrer Ansprache, die Wahlbeteiligung der EU-Bürger zu verbessern und den demografischen Wandel zu adressieren, welchen sie für einen Hauptgrund sieht, warum manche Menschen den Glauben in die Demokratie verlieren. Die designierte Vize-Präsidentin gab auch an, sich voll und ganz der Organisation einer Konferenz für die Zukunft von Europa in 2020 zu widmen.

Věra Jourová - Tschechische Republik - designierte Vize-Präsidentin - Werte und Transparenz

Zu Beginn ihres Hearings gab Jourová zu verstehen, dass ihr Portfolio sich um "Europas Seele und die Herausforderungen, die Europa intern und extern bevorstehen" drehen werde. Sie fügte hinzu, dass sie versuchen werde, Brücken über die gesamte Union zu schlagen, welche auf den gemeinsamen Werten basieren. Die Mitglieder des Parlaments stellten ihr Fragen über Gefahren für Medienfreiheit, von physischer Gewalt bis hin zu missbräuchlicher Beleidigung. Mögliche Maßnahmen dagegen, die von Jourová erwähnt wurden umfassen unzensurierte Rechtsprechung, sowie rechtliche und finanzielle Unterstützung für jene, die eine Verletzung des Rechtsstaatsprinzips zu tragen haben.



Europäische Kommission

Josep Borrell - Spain - designierter Vizepräsident - Hoher Repräsentant für Außenbeziehungen

In seiner einleitenden Rede betonte Borrell seine Intention sich für Reformen in den Staaten des West-Balkans einzusetzen und Demokratie überall unterstützen zu wollen. Des Weiteren will er sich für die staatliche Integrität der Ukraine einsetzen und sich den Herausforderungen in den südlichen Nachbarstaaten annehmen. Außerdem will er eine neue Strategie zu Afrika finden und an den Beziehungen mit asiatischen Ländern verbessern. Es soll zudem die Kooperation mit den Staaten Lateinamerikas intensiviert werden und die transatlantischen Beziehungen müssen ebenfalls wieder verbessert werden. Er fügte seiner Rede hinzu, dass die Welt sich zum schlechteren verändert hat. Es gebe weniger Übereinkommen und immer mehr Vetos.

Valdis Dombrovskis - Lettland - Wirtschaft für die Menschen

Eingangs betonte er, wie wichtig es sei, dass die EU fähig ist, ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht gewinnbringend einzusetzen und selbstständig handeln könne. Um dies zu gewährleisten sollte sie

auf einem soliden wirtschaftlichen Fundament stehen und muss sich auf umweltschonende und digitale Transformationen konzentrieren. Ein Wandel könne nur erfolgreich sein, wenn er sozial fair ist, fügte Dombrovskis hinzu. Er kündigte an, einen Schlachtplan zu erstellen, um zu garantieren, dass die Europäische Säule sozialer Rechte effektiv implementiert werde, gemeinsam mit einem Vorschlag hinsichtlich den Rahmenbedingungen für den Mindestlohn.

Janusz Wojciechowski - Polen – Landwirtschaft

Die europäischen Bauern müssen mehr Unterstützung erhalten um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und um ihnen weiter zu erlauben bis zu 500 Mio. EU-Bürger mit einer sicheren Quelle hochwertiger und gesunder Nahrungsmittel zu versorgen, so Wojciechowski in seiner Anhörung. Dies setze richtige Finanzierung voraus, für welche er sich mit einem stärkeren Budget für die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) einsetzen möchte. Außerdem sprach er sich dafür aus, die Unterschiede in der Bezahlung von Bauern in und zwischen den Mitgliedsstaaten zu verringern.



Europäische Kommission

Margarethe Vestager - Dänemark - Vize-Präsidentin und Digitales

In ihrer Einleitungsrede sagte Vestager, dass der Klimawandel und der Wandel der digitalen Kommunikation alle Aspekte unseres Lebens beeinflussen werden und betonte dabei, dass sich Europa nicht nach dem Vorbild von China oder den USA entwickeln soll, sondern seinen eigenen Weg finden müsse. Es soll seine eigenen Werte zeigen und die Märkte haben für alle Menschen zu arbeiten. Dabei geht sie vor allem auf den Wettbewerb in der Wirtschaft ein. Zwar sei Wettbewerb notwendig und äußerst wichtig aber eben nicht alles. Sie stellte auch ihren Plan vor, einen "Digital Service Act" einzuführen, welcher die Haftbarkeit und die Sicherheit bei digitalen Plattformen verbessern soll. Vorschläge zur Künstlichen Intelligenz (KI) sollen in den ersten 100 Tagen auf dem Tisch liegen und sie wird einen weiteren Fokus auf faire Besteuerung in der EU legen.

Frans Timmermans - Niederlande - Europäischer Green Deal

In seinen einleitenden Worten sagte Timmermans, dass Klimaschutzpolitiken vor allem auf Fairness ausgerichtet werden müssen und sprach sich für die Erschaffung eines "Just Transition Funds" aus um Menschen und Regionen zu unterstützen, die noch heute wirtschaftlich auf Kohle und energieintensive Wirtschaftsbereiche angewiesen sind. Er erklärte auch, dass in den ersten 100 Tagen ein Klimagesetz stehen soll, welches dem 2050 CO₂-Neutralitätsziel verschrieben ist. Außerdem will er die Klimaziele aktualisieren und aktuelle Klimagesetze überarbeiten. Es braucht zudem eine Verringerung von Emissionen im Bereich der Luft- und Schifffahrt und die Reichweite des European Emission Trading Systems (ETS) sollen erweitert werden. Zusätzlich soll in Europa proaktiv aufgeforstet werden. Er ließ sogar eine CO₂-Steuer anklingen. Die Kreislaufwirtschaft soll unter seiner Führung auch auf die Textil- und Baubranche ausgeweitet werden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

Rechnungshof: Juncker-Kommission hat Verwaltung des EU-Haushalts erheblich verbessert

Der Europäische Rechnungshof hat in seiner Prüfung bestätigt, dass die Verwaltung des EU-Haushaltsbudgets sich unter der Kommission von noch-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker deutlich verbessert hat. Die Prüfer beurteilten die EU-Jahresrechnung zum zwölften Mal in Folge als einwandfrei und gaben zu den Zahlungen 2018 zum dritten Mal in Folge ein eingeschränktes Prüfungsurteil ab.

In den letzten Jahren hat die Kommission darauf hingearbeitet, die Vorschriften, in deren Rahmen die EU-Haushaltsmittel ausgegeben werden, weiter zu vereinfachen, da einfachere Vorschriften den Zugang zu den Ressourcen erleichtern und zu weniger Verwaltungsfehlern führen. Als Verwalterin des EU-Haushalts strebt die Kommission an, dass das verbleibende Risiko für den EU-Haushalt nach Abschluss eines Programms und nach Durchführung aller Kontrollen unter 2 Prozent liegt, also unter dem vom Hof als wesentlich angesehenen Schwellenwert. Mit der Veröffentlichung des Jahresberichts des Europäischen Rechnungshofs wird das jährliche Entlastungsverfahren für den EU-Haushalt

eingeleitet. Zur Vorbereitung des Verfahrens veröffentlichte die Kommission im Juli 2019 Informationen über Einnahmen, Ausgaben, Haushaltsführung und Leistungsfähigkeit der EU im Rahmen der Integrierten Rechnungslegung und Rechenschaftsberichte. Dadurch wird bestätigt, dass der EU-Haushalt 2018 nicht nur im Einklang mit den EU-Vorschriften ausgeführt wurde, sondern auch konkrete Ergebnisse erbracht, zur Verwirklichung der politischen Prioritäten der Europäischen Union und zur Schaffung eines Mehrwerts für die Bürgerinnen und Bürger der EU beigetragen hat.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

EU unterzeichnet Grenzmanagement-Abkommen mit Montenegro

Am 7.10 unterzeichnete die Europäische Union ein Abkommen über die Zusammenarbeit mit Montenegro bei der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex). Repräsentativ für die Union wurde das Abkommen von Frau Ohisalo, Finnlands Innenministerin und Präsidentin des Rates sowie Dimitris Avramopoulos, Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft, sowie auf der Seite Montenegros durch Innenminister Mevludin Nuhodžić unterzeichnet.

Das Ziel des Abkommens soll es sein, Frontex mehr Koordinationsbefugnisse zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Montenegro bezüglich der Sicherung der gemeinsamen Grenzen der EU und Montenegro zu geben. Die Unterzeichnung ist eine weitere Demonstration der Vertiefung und Erweiterung der Zusammenarbeit der EU mit Montenegro. Das Abkommen wird beiden Parteien Vorteile bringen.

Die unterzeichnete Erklärung wurde bereits an das EP geschickt, welches seine Zustimmung geben muss, bevor das Abkommen endgültig abgeschlossen werden kann.

Ein ähnliches Abkommen wurde bereits im Oktober 2018 mit Albanien abgeschlossen. Die Verhandlungen mit Montenegro wurden 5. Juli 2018 abgeschlossen

und die schriftliche Unterzeichnung wurde von Avramopoulos und Nuhodžić im Februar 2019 initiiert. Der Rat autorisierte die Unterschrift am 19. März 2019.

Mit Nordmazedonien, Serbien und Bosnien und Herzegowina ist man bereits in Verhandlungen getreten und erwartet eine baldige Einigung.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

Europäische Union stärkt Partnerschaft mit Senegal

Anlässlich seines Besuchs in Senegal unterzeichnete der EU-Kommissar für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Neven Mimica, Kooperationsprogramme mit einem Gesamtwert von 27,5 Mio. EUR. Diese Programme dienen der Förderung des Zugangs zu Strom und erneuerbaren Energien, der Unterstützung der Zivilgesellschaft und der technischen Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Senegal.

Die Gesamtsumme der Unterstützung für den Senegal im Rahmen des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (347 Mio. EUR) und des Nothilfe-Treuhandfonds (177,2 Mio. EUR) zur Unterstützung der Stabilität und zur Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibungen in Afrika beläuft sich auf 579,3 Mio. EUR.

Konkret handelt es sich um folgende drei Programme:

- Ein Programm zur Förderung der Entwicklung erneuerbarer Energien (20 Mio. EUR), mit dem der Zugang zur Energieversorgung in den am stärksten benachteiligten ländlichen Gebieten verbessert wird.
- Ein Programm zur Unterstützung der Zivilgesellschaft (4 Mio. EUR), mit dem ein offener und konstruktiver Dialog zwischen der Zivilgesellschaft, den senegalesischen Behörden, dem Privatsektor und den Partnern Senegals gefördert wird, um eine inklusive und nachhaltige Entwicklung des Landes zu gewährleisten.

- Eine technische Zusammenarbeit (3,5 Mio. EUR) für die Umsetzung der Kooperationsprogramme der Europäischen Union mit Senegal, um Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern.
- Im Rahmen seines Besuchs traf EU-Kommissar Mimica auch mit Präsident Macky Sall zusammen, um sich mit ihm über gemeinsame Prioritäten auszutauschen, die vor allem die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Entwicklung des Privatsektors und Investitionen in die regionale Infrastruktur sowie die Bekämpfung des Klimawandels betreffen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

Abgeordnete besorgt über EU-Haushalt, Klimawandel und Brexit

Am 9. und 10. Oktober fand die Oktober-Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vor dem bevorstehenden EU-Gipfel am 17. und 18. Oktober statt. Mitglieder des Parlaments diskutierten über Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierung der EU-Programme und zur Bekämpfung des Klimawandels. Auch ein „No-Deal“-Brexit soll vermieden werden.

Parlamentspräsident Sassoli eröffnete die Sitzung mit einer Schweigeminute für die Opfer des Terroranschlags in Halle an der Saale. Weiters sprach er der Familie von Jacques Chirac sein Beileid aus und nannte ihn einen Europäer, der sich stets für Frieden, Toleranz und Demokratie eingesetzt habe. Außerdem erinnerte Sassoli auch an diejenigen, die bei einem Schiffbruch in der Nähe von Lampedusa ums Leben gekommen waren. Nun seien konkrete Maßnahmen erforderlich, um dem Sterben im Mittelmeer ein Ende zu setzen.

Von den Abgeordneten des Parlaments wurde in der gemeinsamen Diskussion mit der finnischen Vertreterin Tytti Tuppurainen, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und dem Chefunterhändler der Kommission Michel Barnier gefordert, eine möglichst rasche Einigung bezüglich des langfristigen EU-Investitionshaushalt zu erzielen, da eine Verspätung des mehrjährigen

Finanzrahmens 2021-2027 mehrere der von der EU finanzierten Programme ab 2021 zur Unterbrechung zwingen würde.

Ebenso wichtig war es den Mitgliedern des Parlaments, die Wichtigkeit einer zeitnahen Lösung für den Klimawandel hervorzuheben. Man müsse die Ziele des Pariser Abkommens erreichen.

In der Diskussion über Brexit forderte man, einen „katastrophalen“ harten Brexit zu vermeiden und äußerte sich negativ über das „Schwarze-Peter-Spiel“ der Schuldzuweisungen der britischen Regierung.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäischer Rat

10 Jahre Grundrechtecharta: Der Rat bekräftigt die Werte der EU

Der Rat hat am 7. Oktober Schlussfolgerungen zum 10. Jahrestag der Charta der Grundrechte angenommen. Darin bekräftigt er, dass die Union sich auf gemeinsame Werte gründet, wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.

Der Rat bekräftigt außerdem sein Engagement für den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention, der den Schutz der Grundrechte in Europa noch weiter verstärken würde. Der Rat nimmt die von der Kommission und der Agentur der EU für Grundrechte vorgelegten Berichte zur Kenntnis; gleichzeitig stellt er fest, dass es nach wie vor Herausforderungen im Bereich der Nichtdiskriminierung gibt, und er bekräftigt seine Entschlossenheit, weiter gegen alle Formen der Diskriminierung vorzugehen.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass das Bewusstsein in der Öffentlichkeit für die Charta nach wie vor gering ist und ruft die Mitgliedstaaten auf, ihre Maßnahmen im Hinblick auf Sensibilisierung und Schulung für alle wichtigen Akteure, einschließlich politische Entscheidungsträger, öffentliche Bedienstete, Rechtspraktiker sowie nationale Menschenrechtseinrichtungen, Organisationen der

Zivilgesellschaft usw. zu intensivieren.

Schließlich weist der Rat darauf hin, wie wichtig es ist, jede unnötige, rechtswidrige oder willkürliche Beschränkung der Zivilgesellschaft zu beseitigen und zu unterlassen, da die Organisationen der Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle bei der Sensibilisierung und der Unterstützung der Bemühungen Einzelner spielen, ihre Rechte wahrzunehmen und zu verteidigen.

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union wurde am 7. Dezember 2000 feierlich proklamiert. Jedoch erst mit der Aufnahme in den Vertrag von Lissabon wurde sie im Dezember 2009 vollständig rechtsverbindlich. In diesem Jahr jährt sich daher zum zehnten Mal der Tag, an dem die EU-Grundrechtecharta Rechtsverbindlichkeit erlangt hat.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Sonstiges

Institutionsspitzen fordern Beitrittsverhandlungen von Albanien & Nordmazedonien

Vergangene Woche haben die 4 Präsidenten der EU-Institutionen, namentlich Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Parlamentspräsident David Sassoli, Ratspräsident Donald Tusk und die designierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen gemeinsamen Brief an die Mitgliedsstaaten der EU verfasst, indem sie jene auffordern, noch im Oktober über den Beginn von potenziellen Beitrittsverhandlungen von Albanien und Nordmazedonien zu entscheiden.

Die Rede ist wie folgt: „Die Europäische Union steht vor einer strategischen Entscheidung. Ob die EU jetzt beschließt, Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien aufzunehmen, ist ein Test, ob die Union fähig ist, ihre Versprechen zu halten und in die Zukunft zu blicken“

Des Weiteren heißt es im Brief, die Welt sei im Wandel und sollte die EU ihre internationale Rolle aufrechterhalten wollen und ihre Interessen verteidigen wollen, könne dies erreicht werden, indem man einen weiteren Schritt Richtung Beitritt jener Länder geht, die Interesse an einem Beitritt zur Union geäußert haben und die nötigen Voraussetzungen erfüllen. Albanien und

Nordmazedonien würden in ebenjenes Anforderungsprofil passen.

Ein endgültiger Beitritt sei nicht über Nacht erreichbar und es werde viel harte Arbeit auf die Parteien zukommen, was den beiden Ländern auch bewusst sei. Dennoch sei es sowohl für die Bürger der Europäischen Union und die Bürger der kandidierenden Länder langfristig der richtige Weg, so weiter im Schreiben.

Nordmazedonien genießt seit 2005 den Status eines Beitrittskandidaten, während Albanien erst seit 2014 als ein solcher geführt wird.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Sonstiges

EU schützt geografische Angabe von Lebensmitteln noch stärker

Die Europäische Union soll einem multilateralen Vertrag zum Schutz von geografischen Angaben beitreten, der von der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) verwaltet wird. Dies hat der Rat empfohlen.

Die Mitgliedschaft im Genfer Akt des Lissabonner Abkommens ermöglicht es, den Schutz von Ursprungsbezeichnungen durch eine einzige Registrierung zu gewährleisten. Das bedeutet, dass nach dem offiziellen Beitritt der EU alle geografischen Angaben der EU grundsätzlich einen schnellen, hochrangigen und unbestimmten Schutz in anderen Mitgliedsländern der Genfer Akte erhalten können.

Zuvor hatte sich das Europäische Parlament in seiner Plenarsitzung für den Beitritt ausgesprochen. Landwirtschaftskommissar Phil Hogan befürwortete die Entscheidung und sagte dazu:

„Ich begrüße die positive Entscheidung des Rates und des Parlaments, dass die EU Mitglied der Genfer Akte wird. Dies ist ein Schritt nach vorn, um unsere geografischen Angaben auf multilateraler Ebene besser zu schützen. Sie spiegeln die wertvolle geografische Vielfalt, Authentizität und das Know-how der EU in Bezug auf Agrarerzeugnisse, Lebensmittel und Getränke wider. Diese Mitgliedschaft wird den Schutz ergänzen, der bereits durch internationale bilaterale Abkommen gewährt wird.“

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Sonstiges

Vernissage des Künstlers Erwin Reheis im Tirolbüro



Der renommierte oberländer Künstler Erwin Reheis stellte am Montag, 07.10.2019 im Beisein des Landeshauptmanns Günther Platter und Landeshauptmann a. D. DDr. Herwig van Staa seine Bilder in der Tiroler EU-Vertretung aus. Über 100 Gäste, darunter eine Vielzahl an Persönlichkeiten aus den EU-Institutionen, waren von den Öl- & Aquarellgemälden, sowie den Rohrfederzeichnungen begeistert.



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Evaluierung des Beitrags des ESF zur sozialen Inklusion](#)

Beschäftigung und Soziales

26 September 2019 - 19 Dezember 2019

[Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020 – Evaluierung](#)

Beschäftigung und Soziales

1 Juli 2019 - 23 Oktober 2019

[Validierung des nichtformalen und informellen Lernens – Bewertung](#)

Allgemeine und berufliche Bildung

7 August 2019 - 13 November 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Sandra Gintsberger

Paul Egger